



Inhalt

1.	Das Zypernproblem.....	2
2.	Gasvorkommen	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen	5
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Außenpolitik.....	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
	Außenpolitik.....	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen	11

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -
www.facebook.com/FEScyprus
www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Der September begann mit dem Besuch des neugewählten türkischen Präsidenten Recep Tayip Erdogan in der `TRNZ`¹. Während sich Erdogan auf eine Lösung bezog, die auf zwei Gründungsstaaten und politischer Gleichheit basiert, betonte er auch seine fortdauernde Unterstützung für die `TRNZ`. Gleichzeitig machte er deutlich, dass die Türkei keinerlei Änderungen bezüglich ihres Status als Garantiemacht akzeptieren werde. Erdogan forderte außerdem Griechenland in seiner Rolle als Garantiemacht zu einem verstärkten Engagement auf und verneinte, dass er einen Brief von Präsident Anastasiades erhalten habe. In dem besagten Brief, der angeblich durch den griechischen Außenminister Evangelos Venizelos überbracht worden war, beglückwünschte Anastasiades Präsident Erdogan zu dessen Wahlerfolg. Gleichzeitig gab Anastasiades der Hoffnung Ausdruck, dass der türkische Präsident persönlich zu einer Lösung des Zypernproblems beitragen werde. Der türkische Präsident erwähnte bei seinem Besuch auch die sich im Bau befindlichen Wasser- und Elektrizitätsprojekte,

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

welche nach offizieller Lesart als Friedensprojekte gepriesen werden, von denen beide Bevölkerungsgruppen profitieren würden. Indirekt jedoch wird durch diese Projekte Ankaras Einfluss auf Zypern, mit oder ohne Lösung verstärkt. Die Regierung und die griechisch-zypriotischen Parteien verurteilten Erdogans Kommentare, die dahingehend interpretiert wurden, dass der Präsident eine Konföderation einer Föderation gegenüber bevorzugen würde.

Nach Erdogan kam Ahmet Davutoglu am 16. September nach Zypern. Dies war sein erster Besuch nach seiner Wahl zum türkischen Ministerpräsidenten. Davutoglu betonte, dass sein Besuch von hohem symbolischen Wert und ein Ausdruck der Unterstützung für eine unabhängige `TRNZ` sei. Der Besuch fand vor dem geplanten Abendessen der beiden Volksgruppenvertreter, Nicos Anastasiades und Dervisch Eroglu und einen Tag vor der Wiederaufnahme der Friedensgespräche unter Vorsitz des UN-Sondergesandten Espen Barth Eide statt. Eide steht vor der Aufgabe, die bestehenden Gegensätze überbrücken zu müssen, nachdem die Verhandlungen zu einem Stillstand gekommen waren.

Die beiden Seiten sind unterschiedlicher Meinung, wie nun die Phase des Gebens und Nehmens eingeleitet werden soll, nachdem bislang die jeweiligen Positionen zu den Hauptfragen des Zypernproblems festgelegt worden waren. Anastasiades verlangt, dass jede Partei jene Punkte auflistet, bei denen beide Seiten übereinstimmen bzw. nicht gleicher Meinung sind, damit die Bemühungen zielstrebig vorankommen. Eroglu möchte mit den

Verhandlungen beginnen trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten, was die Konvergenzen und Divergenzen betrifft. Auf einem Treffen am 17. September vereinbarten Anastasiades und Eroglu, die Gespräche zu beschleunigen und in die nächste Phase der strukturierten Verhandlungen einzutreten. Außerdem wurde vereinbart, dass sich die Volksgruppenvertreter zwei Mal pro Monat treffen. Somit ist die Phase der Verhandlungen abgeschlossen, bei denen beide Seiten ihre Positionen zu allen Fragen abgesteckt haben.

Am 19. September nahm Präsident Anastasiades an der 69. UN-Vollversammlung in New York teil. In seiner Rede vom 26. September betonte er seine Bereitschaft, die Zypernfrage zu lösen und forderte die Türkei auf, ihren aufrichtigen politischen Willen zu demonstrieren, indem sie das vorliegende Paket vertrauensbildender Maßnahmen annimmt. Zudem betonte der Präsident, dass der derzeitige Status quo inakzeptabel sei und eine Lösung für alle beteiligten Seiten von Vorteil wäre.

Anastasiades traf sich mit einer Reihe offizieller staatlicher Vertreter verschiedener Länder, u.a. mit Vertretern der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah el Sissi. Am 22. September besprachen Präsident Anastasiades und der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon den bisherigen Verlauf der Verhandlungen seit der Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung. Der Generalsekretär forderte die Politiker in Zypern dazu auf, die noch bestehenden Unstimmigkeiten schnellstmöglich zu überwinden und

betonte seine Entschlossenheit und Bereitschaft bei den Verhandlungen mitzuwirken, zunächst durch seinen Sonderbeauftragten und später, wenn Fortschritte sichtbar werden, durch sein persönliches Engagement. Anfang September hatte Ban Ki-moon eine Erklärung veröffentlicht, in der er betonte, dass die Lösung des Zypernproblems für die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft im Hinblick auf die Unruhen in der Region von höchster strategischer Bedeutung sei. Die Zypernfrage war auch eines der Themen während der getrennten Gespräche am Rande der UN-Vollversammlung zwischen dem Generalsekretär mit dem türkischen Präsidenten Erdogan und dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Eroglu.

Der amerikanische Außenminister John Kerry betonte während eines Treffens mit dem griechisch-zypriotischen Präsidenten seine Absicht, persönlich an dem Verhandlungsprozess mitzuwirken und Zypern, falls notwendig, in den kommenden Monaten zu besuchen. Dies kann, nach dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Biden in Zypern im Mai dieses Jahres, als weiteres konkretes Indiz für das zunehmende Interesse der USA gewertet werden. Biden und Anastasiades vereinbarten während eines Treffens am 26. September, die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Zypern zu intensivieren.

Ein von der DIKO am 24. September veranstaltetes Treffen griechisch- und türkisch-zypriotischer Parteien im Ledra Palace Hotel unter der Schirmherrschaft der slowakischen Botschaft, verdeutlichte die abweichenden

Einschätzungen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Garantien durch Dritte nach einer Lösung der Zypernfrage. Trotz der unterschiedlichen Auffassungen bestätigten die Parteien die Notwendigkeit, den Kontakt aufrecht zu erhalten.

Ende September begannen die Arbeiten zur Restaurierung des Klosters Apostolos Andreas auf der Karpaz-Halbinsel. Die Restaurierung wird von der zypriotischen Kirche und der türkisch-zypriotischen Behörde Evkaf finanziert und soll bis 30 April 2016 andauern. Im gleichen Monat war der türkisch-zypriotische Mufti Talip Atalay bei Erzbischof Chrysostomos in Pafos zu Gast. Bei dieser Gelegenheit besuchte der Mufti islamische Denkmäler und Moscheen in der Region.

2. Gasvorkommen

Am 25. September begann das Bohrschiff ‚Saipem 10000‘ im Auftrag des italienisch-koreanischen Konsortiums ENI-KOGAS mit den Bohrungen im Bereich des ‚Onasagoras‘ Reservoirs in Block 9, der sich in der exklusiven Wirtschaftszone vor Zyperns Küste befindet. Es wird erwartet, dass die Bohrungen 80 Tage andauern. Per Vertrag ist ENI-KOGAS, das Bohrkonzessionen in den Blöcken 2, 3 und 9 hält, verpflichtet, während der nächsten 12 bis 18 Monate mindestens vier Bohrungen durchzuführen. Obwohl es sich bei ‚Onasagoras‘ nicht um das größte Reservoir handelt, so verfügt ENI über die präzisesten Angaben für dieses Gebiet. Die ersten Ergebnisse werden höchstwahrscheinlich Anfang 2015 vorliegen. Während der Bohrungen stand die ‚Saipem‘ unter Beobachtung des türkischen Kriegsschiffes ‚Bafra‘.

Die Bohrungen sollen Klarheit darüber verschaffen, ob der Bau einer Verflüssigungsanlage (LNG-Anlage) bei Vasilikos wirtschaftlich rentabel ist. Bei einem Treffen am 20. September zwischen dem Präsidenten der Europäischen Entwicklungsbank (EIB), Werner Hoyer, und Präsident Anastasiades wurden die Möglichkeiten zur Finanzierung einer LNG-Anlage diskutiert.

Trotz der Diskussionen um einen möglichen Verkauf zypriotischen Gases an die Nachbarländer Jordanien und Ägypten bleibt der Bau einer LNG-Anlage das Hauptziel der Regierung unter dem Vorbehalt, dass genügend förderfähiges Gas in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns vorhanden ist. Toulia Onoufriou, die Vorsitzende der Cyprus Hydrocarbons Company, erklärte, dass Zypern ab 2022 in der Lage sein werde, Flüssiggas zu exportieren. Der Energie-Experte Charles Ellinas betonte jedoch, dass Ägypten das Gas kurzfristig innerhalb der nächsten fünf Jahre benötige, Zypern in dieser Zeit allerdings noch nicht liefern könne. Jordanien hat zwischenzeitlich einen vorläufigen Vertrag über den Kauf israelischen Gases abgeschlossen, um die eigene Nachfrage zu decken. Diese Entwicklungen bedeuten zumindest potentiell, dass alternative Abnehmer zur Türkei in der Region möglicherweise kein Interesse an zypriotischem Gas nach 2022 haben könnten, da sie in der Zwischenzeit

Verträge mit anderen Anbietern abgeschlossen haben.

Einem Dekret des ägyptischen Präsidenten Andel Fattah el-Sissi zufolge, soll die Ratifizierung eines Rahmenvertrages über die gemeinsame Erschließung von Gasvorkommen mit Zypern im Dezember 2014 unterzeichnet werden. Die Vereinbarung bezieht sich auf die Förderung von Gasreserven, die sich auf beiden Seiten der Grenzlinie der exklusiven Wirtschaftszonen beider Länder befinden. Anfang September nahm Energieminister Giorgos Lakkotrypis an einer Reihe von Treffen in Jordanien teil, die sich mit Energiefragen befassten.

Während seiner Rede vor der UN-Vollversammlung in New York stellte Präsident Anastasiades seine Vision für eine breitere regionale Zusammenarbeit vor, die durch die Entdeckung fossiler Brennstoffe unterstützt werden könne. Zudem könne Zypern eine konstruktive und stabilisierende Funktion im östlichen Mittelmeer einnehmen, welche auch eine Vermittlerrolle zwischen energieproduzierenden und –konsumierenden Ländern beinhalten könnte.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 6. September wurde das umstrittene Gesetz zur Regelung von Zwangsvollstreckungen vom Parlament verabschiedet. Mit dem Gesetz

sollen Zwangsvollstreckungen beschleunigt und den Banken somit geholfen werden, faule Kredite einzufordern, deren Umfang sich auf fast 29 Milliarden Euro beläuft. Obwohl das verabschiedete Gesetz den dreiwöchigen Diskussionen zwischen den Parteien und der Regierung ein Ende setzte, leitete es auch eine neue Krise ein, da zusammen mit dem Gesetz Ergänzungen und zusätzliche Gesetze zum Schutz der Kreditnehmer vor Zwangsvollstreckungen verabschiedet wurden, welche die Troika² jedoch ablehnte.

Das umstrittene Gesetz wurde mit 47 Stimmen von der AKEL, DISY und DIKO verabschiedet. Insgesamt sieben Abgeordnete von der EDEK, den Grünen und der unabhängige Abgeordnete Zacharias Koulias stimmten gegen das Gesetz. Der Vorsitzende der EVROKO, Demetris Syllouris, enthielt sich. Das Plenum verabschiedete einen Beschluss, demzufolge das Gesetz zur Zwangsvollstreckung nur dann implementiert werden kann, wenn die Rahmenbedingungen für Insolvenzverfahren umgesetzt werden. Diese müssen bis zum 1. Januar 2015 genehmigt werden, wenn das Gesetz zur Zwangsvollstreckung in Kraft treten soll.

Die Verabschiedung der zusätzlichen Gesetze zusammen mit dem von der Troika geforderten Zwangsvollstreckungsgesetz gilt als gesichtswahrende Maßnahme für die Abgeordneten und die Oppositionsparteien. Vier der sechs umstrittenen Gesetze wurden vom Generalstaatsanwalt als verfassungswidrig bewertet

² Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission.

und an das Verfassungsgericht weitergeleitet, während die beiden anderen Gesetze vom Präsidenten an das Parlament zurückgeschickt wurden, nachdem er sein Veto eingelegt hatte.³ Von diesen Gesetzen wurde am 23. September nur eines vom Parlament angenommen.

Während diese Gesetzesvorlagen den Rahmen der Zwangsvollstreckungsmaßnahmen einschränkten, waren sie nach Ansicht der Europäischen Kommission auch inkompatibel mit den von der Troika vorgelegten Bedingungen, die Teil des Rettungspaketes sind. Die damit einhergehende Unsicherheit stellte die Auszahlung der nächsten Tranche in Frage. Zypern wird die nächste Finanzhilfe erst dann bekommen, wenn die aus den fraglichen Gesetzen (welche die Opposition unbedingt durchsetzen möchte) entstandenen Probleme gelöst sind. Die nächste Deadline ist das Eurogruppen-Treffen am 13. Oktober.

³ Von den an das Verfassungsgericht weitergeleiteten Gesetzen erlaubt das erste Gesetz, dass notleidende Kreditnehmer mit faulen Krediten in Höhe bis zu 350.000 Euro einen gerichtlich verfügbaren Schuldnerschutz beantragen können. Das zweite Gesetz sieht vor, dass zwangsversteigertes Eigentum den Schuldner vollständig entlastet, selbst wenn der bei der Zwangsversteigerung erbrachte Erlös niedriger ist als der ausstehende Kredit. Das dritte Gesetz entlastet den Bürgen von jeglichen Verbindlichkeiten nach Verkauf des Eigentums, während das vierte Gesetz die Zwangsvollstreckung mit Insolvenzverfahren verbindet. Die beiden mit einem Veto des Präsidenten belegten Gesetze betreffen das Recht des Gläubigers, eine Bank bei der Zentralbank anzuzeigen, wenn diese Bank die Regeln für die Umstrukturierung von Krediten verletzt und die Befugnis der Zentralbank, massenweise Zwangsvollstreckungen zu verhindern.

Zentralbankpräsidentin Chrystalla Georghadji forderte den Vorstand der Bank of Cyprus (BoC) schriftlich dazu auf, sich aufzulösen und schnellstmöglich eine Aktionärshauptversammlung einzuberufen. Zuvor hatte die Bank of Cyprus einen Antrag gestellt, wonach der Milliardär Wilbur Ross, der mehr als 400 Millionen Euro in die Bank investiert hat und 19% der Anteile hält, einen Sitz im Vorstand bekommen solle. Aufgrund dieser Entwicklungen kündigte der Vorstand der BoC an, dass die jährliche Aktionärshauptversammlung am 20. November stattfinden soll.

Nach Angaben der Zentralbank gingen die Bankeinlagen der Privathaushalte und Firmen im August gegenüber Juli um 0,7% auf knapp 46 Milliarden Euro zurück, während die Einlagen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,3% schrumpften. Somit setzt sich der Abwärtstrend fort. Währenddessen stieg der Wert der faulen Kredite im Juli um ca. 130 Millionen Euro im Vergleich zum Juni. Insgesamt lag der Wert der faulen Kredite im Juli bei einer Rekordhöhe von 47,17%, was 28,88 Milliarden Euro entspricht bei einem Gesamtkreditvolumen von 61,24 Milliarden Euro und einer Zunahme von 46,75% oder 28,75 Milliarden Euro seit Juni 2013.

Die Ratingagentur Moddy's stuft aufgrund der bestehenden Probleme den Ausblick für das zypriotische Bankensystem für die nächsten 12–18 Monate negativ ein. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) geht ebenfalls davon aus, dass Zyperns Wirtschaft 2015 stagnieren wird, nachdem sie dieses Jahr um 3,5% schrumpfen wird, obwohl die

Regierung davon ausgeht, dass Zypern Ende 2015 aus dem Bail-Out-Programm aussteigen wird.

Die Hellenic Bank wurde in einer Studie des Global Finance Magazine, die in mehr als 100 Ländern durchgeführt wurde, als die sicherste Bank in Zypern für das Jahr 2014 eingestuft. Das Resultat wurde gleichzeitig mit der Ernennung von Marino S. Yannopoulos als neuen CEO bekannt. Yannopoulos Vorgänger, Makis Keravnos, trat Anfang des Monats von seinem Posten zurück.

Am 19. September unterzeichnete die Europäische Investitionsbank mit der zypriotischen Regierung eine Vereinbarung über die Bereitstellung von Krediten in Höhe von insgesamt 85 Millionen Euro, welche kleinen und mittleren Betrieben zur Verfügung gestellt werden sollen.

Nach Angaben von JCC, das Kreditkartenzahlungen abwickelt, wurden während der ersten acht Monate dieses Jahres Kreditkartentransaktionen von mehr als sieben Millionen Euro von Seiten der griechischen Zyprioten im Norden Zyperns und der Türkei vorgenommen. Davon wurden beinahe vier Millionen Euro im Norden und 3,3 Millionen Euro in der Türkei ausgegeben. Der größte Anteil wurde für Hotelrechnungen, Kasinobesuche und Flugtickets verwendet. Die türkischen Zyprioten hingegen gaben 9,5 Millionen Euro in Supermärkten und im Einzelhandel sowie in Bekleidungs- und Möbelgeschäften im Süden der Insel aus.

Eurostat zufolge fiel die Arbeitslosigkeit im August auf 15,4% von 15,7% im Juli. Im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 72.000 Arbeitslosen fiel die Anzahl auf 67.000. Dies war der vierte Rückgang in Folge.

Innenpolitische Entwicklungen

Der Wechsel des griechisch-zypriotischen Fußballspielers Dimitris Vasiliou zu dem türkisch-zypriotischen Zweitliga-Verein Degirmenlik (Kythrea) veranlasste rechtsextreme Fanatiker im Süden dazu, das Haus des Fußballspielers zu belagern und Drohungen gegen ihn auszustoßen, als dieser an dem ersten Spiel seines neuen Vereins teilnehmen wollte. Wie aus einer Pressemitteilung hervorgeht, ließ der Club den Spieler aufgrund der heftigen Reaktionen im Süden sicherheitshalber nicht antreten. In zukünftigen Begegnungen werde Vasiliou jedoch mitspielen.

Außenpolitik

Der Leiter des staatlichen Nachrichtendienstes KYP, Andreas Pentaras, warnte davor, dass europäische Kämpfer des Islamischen Staates (IS) über den Norden in den Süden Zyperns kommen könnten. Mitte Juni berichtete Husnu Mahalli, ein Experte für den Mittleren Osten, dass die in der Türkei organisierten IS-Kämpfer Ankaras Zypernpolitik genau beobachten würden.

Zypern ist bereit, sich an dem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) durch die Nutzung der britischen Militärbasis in Akrotiri zu beteiligen. Britische Militärflugzeuge könnten mit Zustim-

mung des britischen Unterhauses die Basis nutzen, um mögliche Angriffe aus der Luft gegen den IS zu fliegen. Es wurde auch berichtet, dass Frankreich den zypriotischen Militärflughafen ‚Andreas Papandreou‘ benutzen möchte. Obwohl diese Entwicklungen Zyperns geostrategische Rolle in der Region stärken, besteht doch auch die Gefahr, dass es mögliche Vergeltungsschläge gegen Zypern geben und der Tourismus darunter leiden könnte.

Am 25. September konnten in einer groß angelegten Rettungsaktion alle 350 syrischen Flüchtlinge erfolgreich gerettet werden, nachdem der Fischtrawler, auf dem die Flüchtlinge Richtung Italien unterwegs waren, südwestlich von Zypern in Seenot geraten war.

Der zypriotische Europa-Abgeordnete der Europäischen Volkspartei (EPP), Christos Stylianides, wurde zum EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement berufen.

Am 18. September unterzeichneten Deutschland und Zypern eine Kooperationsvereinbarung für die Evakuierung deutscher Staatsbürger für den Fall einer Krise oder einer Naturkatastrophe in Zyperns geographischem Einzugsbereich. Die Vereinbarung wurde von dem deutschen Staatssekretär für Europa, Michael Roth, und dem zypriotischen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Alexandros Zenon, unterschrieben.

Präsident Anastasiades ernannte die Mitglieder des neuen nationalen Rates für geostrategische Fragen sowie des Rates für Energiefragen. Michalis Attalides, Rektor der Universität

Nicosia wurde zum Direktor des nationalen Rates für geostrategische Fragen berufen, während Andreas Poullikas, Professor an der Cyprus University of Technology (TEPAK) dem Rat für Energiefragen vorstehen wird.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Das Nicosia Economic Forum, bestehend aus der griechisch-zypriotischen Handels- und Industriekammer (KEVE) und der türkisch-zypriotischen Handelskammer (KTTO), sowie der Union der türkischen Handelskammern und Warenbörsen (TOBB) und der griechischen Handels- und Industriekammer (UHCCI) hielt am 14. September ein Treffen in Istanbul ab. In einer gemeinsamen, am Ende des Treffens verfassten Erklärung wiederholte das Forum, dass seine Mitglieder entschlossen seien, die laufenden Verhandlungen zu unterstützen. Unabhängig vom Ausgang des politischen Prozesses wolle das Forum das Hauptziel, eine Vertrauensbasis zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen Zyperns zu schaffen, weiterverfolgen. Das Forum einigte sich auf eine Reihe von Projekten, um die Zusammenarbeit voranzubringen. Unter anderem soll eine Schlichtungsstelle zu Beilegung von Streitfragen zwischen Geschäftsleuten beider Seiten eingerichtet werden; des Weiteren soll ein Start-Up-Wochenende für junge Unternehmer aus beiden Bevölkerungsgruppen organisiert werden; daneben soll eine gemeinsamen Organisation zur Bewältigung von Natur-

katastrophen auf der Insel ins Leben gerufen werden; und schließlich soll eine Machbarkeitsstudie erstellt werden, wie Unternehmer von beiden Seiten gemeinsame Investitionen vornehmen können. Das nächste Treffen des Forums soll im Dezember in Athen stattfinden.

Am 15. September kündigte der Minister für Umwelt und Ressourcen, Hamit Bakirci (Democratic Party-National Forces, DP-UG), an, dass die Unterseepipeline, die ab Jahresende Wasser aus der Türkei nach Zypern bringen soll, in 70 Arbeitstagen fertiggestellt sein soll, wenn die Witterungsbedingungen es erlauben. Er fügte hinzu, dass die Landwirtschaft in zwei Jahren Wasser aus der Pipeline bekommen werde.

In einem anderen Zusammenhang sagte Hamit Bakirci, dass die türkischen Zyprioten nicht das notwendige Know-how und die entsprechende Infrastruktur hätten, um das aus der Türkei kommende Wasser zu managen. Kutlay Erk, Generalsekretär der größeren Koalitionspartei Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG), kritisierte den Minister und sagte, dessen Bemerkungen seien für ein Regierungsmitglied unangebracht. Die Partei vertrete den Standpunkt, dass die Produktion, Verwaltung und das Management von Wasser, Strom oder Telekommunikation nicht privatisiert werden könne. Es sei falsch, die Behörden der ‚TRNZ‘ zu beschuldigen, sie könnten den Wasserhaushalt nicht managen, weil einige Gemeinde- und Stadtverwaltungen Schwierigkeiten bei der Gebühreneinzahlung hätten. Weiter sagte Erk, dass die türkischen Zyprioten durchaus über die notwendige Infrastruktur und das Wissen

verfügten, um den Wasserhaushalt zu managen.

Im Rahmen eines Programmes zur finanziellen Unterstützung und Vergabe von Zuschüssen für das Jahr 2014 wird die Türkei 11 Millionen Türkische Lira dem türkisch-zypriotischen privaten Sektor zur Verfügung stellen. Das Geld soll in der Landwirtschaft und in der Entwicklung des ländlichen Raumes, sowie im Tourismusbereich Verwendung finden, um die Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen zu stärken.

In seiner Bewertung der seit einem Jahr bestehenden Regierungskoalition von CTP-BG und DP-UG verglich der Präsident der KTTO, Fikri Toros, die türkisch-zypriotische Wirtschaft mit einem führerlosen Schiff und forderte eine bessere wirtschaftliche Führung von der Regierung.

Nach zwei tödlichen Arbeitsunfällen innerhalb eines Monats bezeichnete Aziz Gurbinar, Minister für Arbeit und Soziales, die derzeitigen Arbeitsschutzgesetze als unzureichend und kündigte Gesetzesänderungen an.

Nach Angaben der staatlichen Planungsbehörde ist der Verbraucherpreisindex in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 5,77% gestiegen.

Innenpolitische Entwicklungen

Bei der Parteiversammlung der CTP-BG wurde die derzeitige Parlamentssprecherin Sibel Siber als Präsidentschaftskandidatin für die Wahlen im nächsten Jahr nominiert. Siber war die einzige Bewerberin in ihrer Partei und wurde unter Beifallsbekundungen nominiert.

Mustafa Akinci, der ehemalige Bürgermeister von Nicosia und stellvertretender Ministerpräsident, hatte seine Kandidatur ebenfalls zu einem früheren Zeitpunkt bekannt gegeben. Mehemt Ali Talat, der ehemalige Präsident, gab letzten Monat bekannt, dass er nicht kandidieren werde, während Amtsinhaber Dervisch Eroglu sich nicht zu der Frage einer möglichen Kandidatur äußern wollte.

Der Minister für Bildung, Mustafa Arabacioglu (DP-UG), trat von seinem Amt zurück. Als Grund nannte er die Unnachgiebigkeit der Lehrer-gewerkschaften und die Weigerung des Finanzministeriums, seinem Ministerium Gelder zur Verfügung zu stellen. Die Ernennung des neuen Ministers wird für Anfang Oktober erwartet.

Suphi Hudaoglu wurde zum neuen Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei (TDP) gewählt. Durch den Rücktritt von Mehmet Harmanci, nach dessen Wahl zum Bürgermeister von Nicosia, wurde der Posten frei. Während eines Fernsehauftrittes sagte Hudaoglu, dass beide Seiten für die Verzögerungen bei den Verhandlungen verantwortlich seien und betonte, dass seine Partei die Öffnung der eingeschlossenen Stadt Varosha als Gegenleistung für die Öffnung des Flughafens Ercan (Timbou) für internationale Flüge befürwortete. Dies sei ein Schritt hin zu einer umfassenden Lösung und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auf der Insel.

Außenpolitik

Die türkisch-zypriotische Task Force der Europäischen Kommission, die bis vor kurzem

der Generaldirektion Erweiterung unterstand, wurde nun unter die Leitung des Generaldirektorats Regionale Politik gestellt. Daraufhin veröffentlichte das türkisch-zypriotische Außenministerium eine Erklärung, in welcher eine Reihe von Bedenken geäußert wurden. Darin heißt es, dass, obwohl diese Änderungen eine interne Angelegenheit der Kommission sei, sie nicht die Realitäten auf der Insel reflektierten und die seit 2004 bestehende Kontinuität in der Zusammenarbeit mit der EU gefährden könnten. Diese Entscheidung, welche vor allem auf die Anliegen der griechischen Zyprioten Rücksicht nehme, müsse noch einmal neu bewertet werden.

Der türkisch-zypriotische Präsident Dervisch Eroglu nahm an der 69. UN-Hauptversammlung in New York teil. Während seines Aufenthaltes führte er Gespräche mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, dem Generalsekretär der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, Iyad bin Amin Madani, dem pakistanischen Außenminister Hina Rabbani Khar, sowie dem aserbaidjanischen Außenminister Elmar Memmedyarov. Eroglu hatte in New York auch die Möglichkeit mit dem türkischen Präsidenten Erdogan und dem türkischen Außenminister Melvut Cavusoglu das Zypernproblem zu diskutieren.

Außenminister Ozdil Nami nahm im Rahmen der UN-Generalversammlung an einem Koordinationstreffen der Außenminister der Organisation für Islamische Zusammenarbeit teil.

Am Monatsanfang trafen sich Nami und Stefan Füle, der EU-Kommissar für Erweiterung und

Europäische Nachbarschaftspolitik in Brüssel. Dabei erläuterte Nami seine Ansichten über den laufenden Verhandlungsprozess und betonte, dass mit der Ernennung von Espen Barth Eide zum neuen UN-Sonderbeauftragten für Zypern die Hoffnung verbunden sei, dass die Verhandlungen eine neue Dynamik bekämen.

Nami führte während seines Besuches in London u.a. Gespräche mit David Lidington, dem Staatsminister für Europa, und Gareth Thomas, dem Schattenminister der Labour Partei für Europa.

In dem neuen Kabinett von Ministerpräsident Ahmet Davutoglu wurde Bulent Arinc zum stellvertretenden Ministerpräsident für zypriotische Angelegenheiten ernannt. Arinc ist ein Gründungsmitglied der Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) und wurde zum fünften Mal Abgeordneter des türkischen Parlaments. Somit ist er wohl das älteste Mitglied der neuen Regierung. Er hatte von 2002 bis 2007 das Amt des Parlamentssprechers inne.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Oktober

Donnerstag 23.10. 2014 17:00-20:00 Uhr

PCC / FES
Konferenz

Economic Crisis and Democratic Deficits in Southern Europe (2009-2014)

Home for Cooperation,
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Freitag-Sonntag 31.10-2.11. 2014

FES
Konferenz, Workshop

Journalist Seminar

Chateau Status,
Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung



November

Samstag-Sonntag 01.11-2.11.2014

ENORASIS / FES

Öffentliche Diskussion, Workshop

Enorasis' 10th Annual Entertaining Friendship Weekend and Workshop on our Common Future

Droushia Heights Hotel,
Akamas , Paphos

Öffentliche Veranstaltung



Freitag-Samstag 21.11-22.11.2014

Cyprus Association of Political Science / FES
Konferenz

Politics in Crisis

University of Cyprus,
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Samstag 22.11.2014

Eleftheria / FES

Konferenz

The Establishment – What is it and how can we change it?

Tba.

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Freitag-Samstag 28.11.-29.11.2014

PCC / FES

Konferenz

Annual PRIO Conference on Conflict in Europe - Europe in Conflict

Chateau Status,
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis
Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute
Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com